



Thomas Michelitsch
Diplomphysiker
18bis Rue des Clairs Chênes
91390 Morsang-sur-Orge
Frankreich
und
Emilienstr. 38
70563 Stuttgart
Email: michel@kein-stuttgart-21.org
<http://kein-stuttgart-21.org/>

Bündnis 90 / DIE
GRÜNEN
Kreisverband Stuttgart
Hauptstätter Straße 57
70178 Stuttgart

9. Februar 2012

Parteiaustritt Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, Kreisverband Stuttgart

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit erkläre ich meinen Austritt aus Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, Kreisverband Stuttgart. Gleichzeitig mit diesem Schreiben widerrufe ich die Einzugsermächtigung meines Mitgliedsbeitrages (BW-Bank Stuttgart Konto-Nr. 6245010, BLZ 60050101).

Begründung: Am 26.11. 2010 wurde ich Mitglied der Grünen (Kreisverband Stuttgart), weil ich glaubte, dass die Grünen innerhalb der K21-Bürgerbewegung und des Aktionsbündnisses gegen S21 einen glaubwürdigen und ehrlichen Kampf gegen Stuttgart 21 führten und weil ich schon immer mit „grünen Zielen“ sympathisiere. So setzte ich auch in den historischen Wahlsieg der Grünen am 27. März 2011 grosse Hoffnungen. Ich werfe den Grünen nicht vor, dass sie S21 nicht stoppen konnten, aber ich kann mich doch des Eindrucks nicht erwehren, dass der S21 Widerstand nur dazu benutzt wurde, um an die Regierung zu kommen. Hierfür spricht auch die Tatsache, dass die Kritik an S21 seit der grünen Regierungsübernahme in BW immer leiser wurde und seit der Volksabstimmung nun kaum mehr hörbar ist. Ich bin mir bewusst, dass es nicht wenige Mitglieder der Grünen-Basis geben dürfte, die dies genauso sehen. Insbesondere, richtet sich meine Kritik weniger gegen den Kreisverband Stuttgart oder gegen einzelne Mitglieder der Grünen, die sich zum Teil verzweifelt für den Erhalt des Schlossgartens einsetzen. Meine Kritik richtet sich gegen grüne

Verantwortungsträger, insbesondere den grünen Teil der Landesregierung.

Ich kritisiere folgenden Sachverhalt: Seit der Volksabstimmung hört man weder ein kritisches Wort zu S21 von MP Winfried Kretschmann noch von Verkehrsminister Winfried Hermann. Schon am Abend der VA befehligten und übertrafen sich unsere grünen Verantwortungsträger mit Erklärungen wie „der politische Widerstand gegen S21 ist beendet“ und man würde nun umschalten auf „konstruktiv-kritische Begleitung“ von S21. So belehrte man uns, die Widerstandsbewegung gegen S21 sei tot und weitere Demos gegen S21 seine „nicht mehr sinnvoll“. Dies geschah ohne dass wir, die Basis des Widerstandes, gefragt wurden. Man konnte und kann sich des Verdachtes nicht erwehren, dass die Niederlage des Widerstandes bei VA von den Grünen, wenn auch nicht gerade gewünscht, so aber doch mit einkalkuliert wurde, um sich im wahrscheinlichen Fall einer Niederlage des „Problems S21“ bequem zu entledigen, da man sich dann ja auf den „Willen des Volkes“ berufen konnte. So wurde von grüner Seite auch kaum die unfairen Bedingungen der VA, die Lügen der S21-Betreiber ernsthaft kritisiert. Es hätte zahlreiche Hebel gegeben, die nicht betätigt wurden um S21 zu Fall zu bringen: Weshalb wurde beispielsweise keine Verfassungsklage gegen die verfassungswidrige Bund/Land Mischfinanzierung von S21 von grüner Seite angestrengt?

Ich bin für die direkte Demokratie und dafür, dass man Ergebnisse aus Abstimmungen akzeptiert. Aber: Es gibt Fälle, die gar nicht zu einer Abstimmung unterbreitet werden dürfen: Nämlich da wo mögliche Abstimmungsergebnisse schädlich, fatal oder menschenverachtend sind. Deshalb darf ja beispielsweise auch nicht über die Todesstrafe abgestimmt werden (worüber wir uns ja wohl einig sind), weil das mögliche Ergebnis inhuman und gefährlich wäre. Würde man über die Todesstrafe abstimmen, so fände diese mit ziemlicher Sicherheit sogar eine Mehrheit und man müsste diese dann als „guter Demokrat“ als „Volkes Wille“ akzeptieren und einführen.

Über einen solch sittenwidrigen Sachverhalt direkt abzustimmen würde einen Missbrauch der direkten Demokratie darstellen und zu einer Mehrheitsdiktatur führen. Man könnte auf diese Weise jedes staatliche Unrecht zur Abstimmung unterbreiten und hätte dann bei gewünschtem Ergebnis eine „demokratische Legitimation“.

Deshalb: direkte Demokratie ja, aber eben nur über Sachverhalte, wo jedwedes mögliche Abstimmungsergebnis unschädlich ist. Direkte Demokratie benötigt also, um nicht missbraucht zu werden, einen strengen Kodex über welche Art von Fragen abgestimmt werden darf, über den man sich im Vorfeld einigen muss. So darf keine sittenwidrige Frage zur Abstimmung unterbreitet werden. Eine solche missbräuchliche Abstimmung darf es nicht geben. Genau das aber ist bei der Volksabstimmung zum S21-Kündigungsgesetz geschehen! Nicht nur die VA selbst war meiner Meinung nach missbräuchlich, auch die Interpretation des Ergebnisses, dass S21 nun mal Volkes Wille sei, ist missbräuchlich. Die einzige Information, die man aus dem VA-Ergebnis mit Sicherheit ziehen kann ist, dass Lügen- und Angst-Propagandakampagnen wie die der S21-Befürworter funktioniert haben. Mehr nicht. Wenn MP Kretschmann sich jetzt andauernd auf das Ergebnis der VA beruft und hieraus die Behauptung ableitet, S21 sei der Wille des Volkes, so stellt dies in meinen Augen eine missbräuchliche und unzulässige Interpretation des VA-Ergebnisses dar.

Man hat eine Abstimmung angesetzt, deren Folgen im jetzt eingetretenen Fall fatale Folgen für Stuttgart und seine Bewohner haben wird. Deshalb ist die VA so wie sie stattfand eben gerade kein Musterbeispiel an direkter Demokratie. Im Gegenteil, die VA stellt einen eklatanten Missbrauch derselben dar. Hinzu kommen die unfairen Desinformationskampagnen der S21 Befürworter (Ausstiegskostenlüge von 1,5 Milliarden, etc.) ungleiche finanzielle Ausstattung, das unfaire Quorum und weitere manipulative Eingriffe (Schusterbrief, die Eingriffe von Kommunen, etc.) der S21 Befürworter. Leider hielt sich die Kritik an all diesen Missständen von grüner Seite doch sehr in Grenzen. Erklärungen von MP Kretschmann, er werde nun S21 keineswegs mehr aufgrund seiner Schwächen stoppen und sein sich Verstecken hinter dem Volksabstimmungsergebnis halte ich für völlig inakzeptabel. Sie entspricht der Logik: Lieber als „guter Demokrat“ untergehen, als Unheil von der Bevölkerung von BW abwenden. Der Amtseid Schaden vom Volk und Land abzuwenden wiegt allemal schwerer, als das Akzeptieren des Ergebnisses eines auch noch wie im Fall von S21 sittenwidrigen Volksentscheides. Daher folge ich nicht der Argumentation der Grünen „Man muss das Ergebnis der VA als guter Demokrat akzeptieren“ und das ewige sich selbstbeachtigende „Wir haben verloren...“ und das alles sei manchmal „schwer zu verstehen“. Des Weiteren werden wir aufgefordert doch endlich „gute Verlierer“ zu sein, denn nur wer „gut verliert“ könne auch gut gewinnen, so Boris Palmer kürzlich auf seiner Facebook-Seite. Weitere Kritikpunkte meinerseits sind: Weshalb wurde die eklatante Stresstestmanipulation der Bahn einfach fast kritiklos hingenommen? Weshalb ist der Schlichter-Spruch nicht rechtsverbindlich? So wie es jetzt abläuft ist es nicht einmal kritische Begleitung sondern „Augen zu und durch“! Die Hoffnung den S21 Widerstand auf diese Weise zu brechen wird nicht aufgehen. Das Verhalten unserer grünen Verantwortungsträger wird so in keiner Weise dazu führen den Konflikt um S21 zu beruhigen, sondern im Gegenteil, der Konflikt in Stuttgart wird eskalieren.

Ich halte es für einen historischen Fehler, dass der grüne Teil der Landesregierung sich aus dem politischen Widerstand gegen S21 verabschiedet hat. Die Grünen sollten nicht vergessen, dass sie den historischen Wahlsieg vom 27. März 2011 im Wesentlichen der Bürgerbewegung für den Kopfbahnhof zu verdanken haben. Die jetzige Abkehr vom Widerstand stellt einen Verrat an dieser für die Grünen wesentlichen Klientel dar und kommt einem politischem Selbstmord gleich. Ausgerechnet diejenigen, die die Grünen auf den Regierungssessel hievt man jetzt fallen! Das macht nicht einmal die FDP, die auch nach verlorenen Wahlen ihren verachtenswerten Zielen treu bleibt. Aber was tun die Grünen, sie versuchten anfangs nach der VA dem Widerstand seine politische Legitimation abzuspochen, obwohl der Widerstand mit 42% im Land, und mit 48% in Stuttgart die stärkste politische Kraft darstellt, stärker als jede existierende politische Partei. Würden die Grünen dem Widerstand weiterhin treu bleiben, läge hier ein enormes Potential für die Partei. Stattdessen beruft man sich jetzt seitens der grünen Verantwortungsträger auf die angeblich bestehende „Projektförderpflicht“, ohne dass man von der Bahn die Einhaltung von deren Pflichten wie Offenlegung der Kostenrechnung, etc., verbindlich einfordert.

Selbst wenn man die Abstimmung akzeptiert, bedeutet dies nicht, dass man seine politischen Ziele aufgeben muss. Die ständigen weinerlich-

devoten Erklärungen „Wir haben verloren..“ und „wir werden S21 nicht mehr aufgrund seiner Schwächen stoppen“ sind Einladungen an die Bahn weitere Fakten zu schaffen und das Land zur Übernahme von Mehrkosten zu erpressen und es sind Einladungen an das S21-Kartell die Grünen und den Widerstand weiter zu demütigen.

Weshalb fordert Kretschmann nicht von der Bahn mit den Baumfällungen wenigstens so lange zu warten, bis die technische Machbarkeit des Grundwassermanagements geklärt und der Nesenbachdüker funktionsfähig installiert ist? Ohne diese beiden Elemente ist S21 nämlich nicht machbar! Was tut Kretschmann, wenn sich nach dem Abholzen des Schlossgartens S21 aufgrund der unberechenbaren Mineralwasser- und Grundwasserströme und der geologischen Probleme technisch als undurchführbar erweist? Statt dessen wird der Bahn in vorauseilendem Gehorsam der Schlossgarten übergeben und mit der Polizei ein Einsatz vorbereitet, der sich gegen die Bevölkerung Stuttgarts richtet, der nur dazu dient das historische Erbe Stuttgarts, den Bonatzbau, die Bäume des Schlossgartens und die Mineralquellen unwiederbringlich zu zerstören, und all das im Namen des Volkes, das es angeblich so wolle.

Auch das Einrichten von Containergefängnissen hat von Seiten des grünen Teils der Landesregierung kaum hörbare Kritik hervorgebracht. Dies müsste doch für eine angebliche Bürgerrechtspartei, als die sich die Grünen ja so gerne sehen, nicht hinnehmbar sein!

Das Mitwirken und Dulden der Vorbereitungen des Polizeieinsatzes zur Räumung des Zeltlagers und zu den Baumfällungen im Schlossgarten stellt ein Verbrechen an Stuttgart und seinen Bewohnern dar. Am verbrecherischen Charakter dieses Tuns ändert auch seine angebliche „demokratische und formaljuristische Legitimation“ durch eine missbräuchlich angesetzte und interpretierte Volksabstimmung nichts. Eine Stadt und deren Erbe ohne Not zu zerstören bzw. deren Zerstörung zuzulassen und sich dabei auch noch auf den Willen des Volkes zu berufen, stellt eine zynische Verhöhnung und Pervertierung des Demokratiebegriffes dar!

Kürzlich las man in der Lokalpresse die Äusserung unseres grünen Verkehrsministers Winfried Hermann, Stuttgart 21 werde wohl erst im Jahre 2025 fertig. Ich bin da ganz anderer Meinung. **Stuttgart 21 wird niemals in Betrieb gehen**, aber es wird Stuttgart in die grösste Brache Europas verwandeln und es läutet den ökologischen, kulturellen und ökonomischen Niedergang Stuttgarts und des Landes ein. Ich sage euch voraus, dass das Abholzen des Schlossgartens schlimme und schlimmste Folgen für den Frieden in Stuttgart haben wird! Ich rufe euch von der grünen Basis dazu auf, gegen dieses unmittelbar drohende Unrecht im Schlossgarten aufzustehen und massivsten Druck auf die Landesregierung auszuüben!

Ich kann als **aktiver Mitstreiter der Bürgerbewegung für K21, als Parkschützer und als Bürger dieser Stadt** nicht länger Mitglied der Grünen sein, einer Partei, die all dies zulässt und zum Teil auch noch aktiv unterstützt. Es ist keine Frage, dass dieses Totalversagen grüner Politik, das von den grünen Verantwortungsträgern derzeit praktiziert wird, in künftigen Wahlen Folgen haben wird und letztlich zum Niedergang der Grünen im Südwesten führen wird.

Diese meine vorgebrachte Kritik als Begründung für meinen Parteiaustritt möchte ich ausdrücklich als Kritik an den **grünen Verantwortungsträgern der Landesregierung** verstanden wissen und weniger als Kritik an der Basis, wohlwissend, dass viele Mitglieder weiterhin aktiv im Widerstand gegen S21 engagiert sind.

Ich bedaure es sehr, aber das gegenwärtige schwerwiegende Totalversagen und der Verrat der grünen Verantwortungsträger der Landesregierung an der K21-Bürgerbewegung zwingt mich dazu, Bündnis 90/DIE GRÜNEN hiermit zu verlassen.

Bitte bestätigen Sie, gerne per Email, den Erhalt meiner Austrittserklärung.

Mit freundlichen aber nicht mehr grünen Obenbleibgrüßen



Thomas Michelitsch

Die Welt wird nicht bedroht von den Menschen, die böse sind, sondern von denen, die das Böse zulassen.

Albert Einstein

Email-Verteiler:

Silke Krebs
Landesvorsitzende

Chris Kühn
Landesvorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen
im Landtag von Baden-Württemberg